61. Jahrgang No. 581

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 12. Dezember 1913

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 90 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181–10142.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-5, Frankfurter Allee 61-62, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 56, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 45, Bathhauser Str. 3, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 133, Lützowstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharfenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzstr. 1; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 136; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Berthelmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstrasse 130; Tegel: Berliner Strasse 26, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Wilmersdorf: Uhlandstrasse 36-39, Brandenburg: Steinstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstrasse 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Eine Proklamation der Aerzte.

Die neueste Phase des Kampfes der Aerzte und Krankenkassen.

Der Geschäftsausschuß des Deutschen Aerztevereinsbundes, der Aufsichtsrat, der Beirat, der Vorstand und die Vertrauensmännerversammlung des Leipziger Aerzteverbandes haben am 7. d. M. in gemeinsamer Tagung folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„Nachdem durch den Erlaß der preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern vom 2. Dezember 1913 zu den Beschlüssen von Vertretern der Bundesregierungen über den § 370 der Reichsversicherungsordnung die ärztliche Organisation als „vertragschließende Partei" ausgeschlossen werden soll, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig versammelten Vertretungen der ärztlichen Organisation (Geschäftsausschuß des Aerztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand und Vertrauensmänner des Leipziger Aerzteverbandes) für die einzig richtige Antwort, nunmehr in Preußen und allen Bundesstaaten, die den preußischen Erlaß aufnehmen, alle ärtlichen Vertragsverhandlungen mit Krankenkassen abzubrechen."

Dieselben-Instanzen haben außerdem folgenden Beschluß gefaßt:

„Geschäftsausschuß des Deutschen Aerztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand und Vertrauensmännerversammlung des Leipziger Aerzteverbandes stimmen den Worten, mit denen ihre Vorsitzenden sich zu Verhandlungen mit den großen Kassenverbänden bereit erklärt haben, ausdrücklich zu und bedauern es aufrichtig, daß durch das Verhalten des Reichsamts des Innern und die Ablehnung der Kassenverbände diese Verhandlungen vereitelt sind und damit **die letzte Gelegenheit zur Beendigung des Kampfes vor dem Eintreten des vertragslosen Zustandes versäumt ist.**

Obwohl die Aerzte nunmehr zur Notwehr und zum Kampfe gedrängt sind, erklären sie, dennoch, daß sie gewillt sind, die Gefahren nach Möglichkeit abzuwenden, die der am 1. Januar 1914 eintretende vertragslose Zustand nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die Allgemeinheit mit sich bringen muß, sie erblicken schon jetzt in den Beschlüssen von Vertretern der Bundesregierungen zum § 370 der Reichsversicherungsordnung, noch mehr in dem Erlaß der preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern vom 2. Dezember 1913 eine durch nichts gerechtfertigte **außerordentlich bedenkliche Verschärfung dieser Gefahren.** Es läßt sich nicht voraussehen, ob und wie weit es **Ehre und Gewissen** den Aerzten erlauben werden, neben den von den Vertretern der Bundesregierungen als Krankenbegutachter empfohlenen „Kassenkontrolleuren, Gemeinde- und Gutsvorstehern, Arbeitgebern, Hebammen, Schweistern oder anderen Personen von hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde" überhaupt noch tätig zu sein. Sollte durch dieses Beseitschieben der Aerzte die allgemeine Gesundheitspflege empfindlich Not leiden, sollten durch zu spät erkannte und zu spät bekämpfte Epidemien **Krankheit und Leid über weite Bezirke Deutschlands verbreitet werden,** so trifft die Verantwortung dafür alle diejenigen, die den Kampf geschürt, Verhandlungen vereitelt und dem vertragslosen Zustand **diese unheilvolle Schärfe** gegeben haben."

Die Sache ist nun also glücklich so weit gediehen, daß die schwersten Gefahren für die öffentliche Gesundheit drohen, wenn das Reich in überraschender Mißachtung der ärztlichen Wissenschaft zugibt, daß Laien als medizinische Gutachter wirken dürfen. Es fehlt nur noch, daß das Reich die Kurpfuscher freundlichst auffordert, den Aerzten als Streikbrecher in den Rücken zu fallen.

Die schlummernde Krisis.

Die gestrige Etatsberatung im Reichstag beschäftigte sich wie an den Vortagen mehr mit der Affäre Zabern und dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler als mit dem Etat. Die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittler unterstrichen es sehr deutlich, daß sie die Mißbilligung des Verhaltens des Kanzlers in der Zaberner Affäre ernster gemeint haben, als der Kanzler zu glauben scheint. Der Abgeordnete Erzberger meinte mit deutlicher Spitze: nach Neujahr sei der Reichstag auch noch da. Freilich hat das Zentrum sich schon so oft allen möglichen Beeinflussungen hinter den Kulissen zugänglich gezeigt, daß man seiner Festigkeit auch in der schwebenden Angelegenheit nicht allzu viel Vertrauen entgegenbringen kann. Ebenso haben sich die Nationalliberalen noch selten taktlich gezeigt. Immerhin klang in den gestrigen Reden ein so ernster Unterton durch, daß man von einer Beilegung der Krisis, wie der Kanzler und die Offiziösen glauben machen möchten, nicht sprechen darf.

Dem Kriegsminister v. Falkenhayn, der in seiner Erwiderung auf einige Anfragen seinen bekannten Ton beizubehalten für gut befand, wurde unter dem Beifall des Hauses von dem Elsäßer Ricklin gesagt, er möge den Reichstag nicht mit dem Kasernenhof in Zabern verwechseln.

Der Berliner Westhafen.

Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß.

Die Berliner Stadtverordneten befaßten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Magistratsvorlage betreffend den Baudes Westhafens und in Verbindung damit mit der Vorlage betreffend die Schaffung eines Hafenbauamtes. Oberbürgermeister Wermuth begründete in längerer Rede den Antrag des Magistrats, der dahin geht, daß sich die Versammlung mit der Ausführung des Westhafens nach dem der Vorlage beigefügten Entwurf einverstanden erklärt. Für das laufende Etatsjahr verlangt die Vorlage die Summe von 1 000 000 Mark. Oberbürgermeister Wermuth wies in seinen Darlegungen auf die langen und schwierigen Vorarbeiten hin und betonte, daß mit der Ausführung dieses Projektes für Berlin ein Werk von außerordentlicher Bedeutung geschaffen werde, das wegen der Höhe der Kosten nicht aufgegeben oder hinausgeschoben werden dürfe. Nachdem ein Stadtverordneter seinen Bedenken wegen der Höhe der Kosten Ausdruck gegeben hatte und die anderen Vertreter der verschiedenen Fraktionen sich für die Schaffung des Westhafens ausgesprochen hatten, wurde beschlossen, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen. Hier der Versammlungsbericht:

Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht eine Vorlage betr. die Krankenversicherung der nicht angestellten Lehrpersonen an den hiesigen Gemeindeschulen.

Die Vorlage wird in einer vom Stadtv. **Sonnenfeld** (A. L.) vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Ebenso wird die Vorlage betr. die Befreiung bestimmter Privatbediensteter von der Krankenversicherungspflicht angenommen.

Mit der Schaffung eines Hafenbauamtes und der Gewährung einer Fuhrwerksentschädigung an dessen Leiter ist die Versammlung einverstanden.

Sodann bewilligt die Versammlung die Mittel für Erteilung von Fortbildungsschulunterricht an die Fürsorgezöglinge auf dem Rieselgute in Falkenberg.

Es folgt die Vorlage betr. den

Bau des Westhafens

und in Verbindung damit die Vorlage betr. die Schaffung eines Hafenbauamtes. Der Antrag des Magistrats geht dahin:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Ausführung des Westhafens nach dem der Vorlage vom 5. Dezember 1913 beigefügten Entwurfe und Kostenanschläge vorbehaltlich der Genehmigung der Sonderentwürfe für das Verwaltungsgebäude und das Arbeiterspeisehaus und vorbehaltlich der drei mit der Staatseisenbahnverwaltung abzuschließenden Verträge einverstanden und bewilligt für das laufende Etatsjahr die Summe von 1 000 000 Mark aus Anleihemitteln."

Oberbürgermeister Wermuth:

Zu unserer aufrichtigen Verwunderung haben mehrere Stimmen in der Oeffentlichkeit aus dem Schlußsatz der Vorlage gefolgert, daß die Vertretungen von Berlins Handel und Industrie Gegner des Westhafens seien. Wer die Geschichte des Westhafens kennt, der weiß, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Gerade diese Kreise haben bei dem ersten Auftreten des Planes eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin immer wieder dahin gedrängt, daß die Gelegenheit verwertet werden müsse, um die Vorteile dieses Unternehmens nicht nur für Preußen im allgemeinen, sondern namentlich auch für unsere Stadt nutzbar zu machen, und noch im Herbst haben sie sich mit Wärme in demselben Sinne ausgesprochen. Die städtischen Behörden haben von Anfang an denselben Standpunkt eingenommen, ja in der Stadtverordnetenversammlung ist sogar mehrfach ein Mißbehagen über die Verzögerung des Projektes zutage getreten. Und wirklich, meine Herren, zu früh sind wir mit der Vorlage nicht gekommen. (Sehr richtig!) Die städtischen Behörden trifft jedenfalls kein Verschulden an der Verzögerung. Die Bearbeiter der Sache haben einen Leidensweg zurückzulegen gehabt, so hatten sich die Schwierigkeiten aufgetürmt. Wenn nun der Großschiffahrtsweg im nächsten Frühjahr eröffnet werden sollte, so erreichen wir nun, daß wir zwar nicht mit einem fertigen Hafen am Platze sind, aber daß wir wenigstens verhüten, daß der neue Verkehr an uns vorbeipassiert und sich in begünstigteren Häfen einnistet.

Es ist gegen unsere ganze Hafenpolitik neuerdings geltend gemacht worden, daß unser Wasserstraßenverkehr seit 1906 im Rückgang begriffen sei. Die Tatsache ist richtig; aber woher stammt der Rückgang? Soweit er dauernd ist, eben aus dem

Mangel an ausreichenden Hafen-, Lösch- und Ladevorrichtungen und Lagerhäusern

in Verbindung mit Eisenbahnen. Die so ausgestatteten Häfen haben statt des Rückganges einen erheblichen Fortschritt zu verzeichnen, und auch der Eisenbahnverkehr von Berlin hat unseren Wasserstraßenverkehr seit 1904 gewaltig überflügelt. Gewiß hat der Rückgang des Verkehrs die Entfaltung der Häfen zunächst ungünstig beeinflußt. Die Kinderkrankheiten, die wir mit dem Osthafen und dem Westhafen zu überstehen haben werden, sind zweifellos größer, als wenn wir in der Lage gewesen wären, unseren Verkehr von vornherein und dauernd in aufsteigender Linie zu erhalten. Aber sollen wir deshalb darauf verzichten, das verlorene Terrain wiederzuerobern? Und können wir das namentlich hier, wo wir für den Großschiffahrtsweg selbst durch Uebernahme einer teilweisen Garantie eingetreten sind und die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens so gewürdigt haben?

Nach alledem kann man also jedenfalls von einer überstürzten Ausgabenpolitik bisher nicht reden. (Sehr richtig!) Diese Ausgaben sind schon 1911 bestimmt festgesetzt worden und haben ihren Platz gefunden in dem großen Finanz- und Anleiheplan von 1911/12. Die vorläufige Endsumme war damals mit 30 Millionen Mark angegeben, und davon haben Sie, meine Herren, 8 Millionen zurückgestellt, und zwar nicht etwa, weil Sie glaubten, daß man billiger wirtschaften könnte, sondern nur deshalb, weil Sie meinten — und, wie sich herausgestellt hat, mit vollem Recht —, daß der Betrag bis zum Ende 1913 sicherlich verbraucht werden würde. Mit der Endsumme selbst sind Sie durchaus einverstanden gewesen. Die damalige Endsumme wird nun in der jetzigen Vorlage um 4,6 Millionen Mark überschritten, und zwar 2,3 Millionen Mark für Eisenbahnanschlüsse und Eisenbahngelände, und die andere Hälfte für Verbesserungen, auf die teilweise aus dieser Versammlung selbst gedrängt worden ist. Was sonst noch den Betrag von 30 Millionen übersteigt, ist rein rechnerisch.

Die Vorlage trifft zeitlich mit mehreren großen Aufwendungen zusammen, die ebenso wie sie seit Jahren in Aussicht genommen waren. Das ist äußerlich ein bloßer Zufall; innerlich ist es vielleicht mehr. Im Magistrat ist keine Neigung, das Tempo unserer Ausgaben zu überstürzen; aber wenn einmal in langjähriger Vorbereitung Ausgaben bestimmt in Aussicht genommen sind, dann tut man auch gut, sie entschlossen und zum richtigen Zeitpunkt zu machen. Die rechte Zeit verpassen, das würde heißen:

teurer arbeiten.

Der Magistrat hat sich deshalb der sehr wenig erfreulichen Verpflichtung unterzogen, Ihnen kurz hintereinander drei große Ausgabenvorlagen zu machen — allerdings Ausgaben, die sämtlich darauf ausgehen, die Vermögens- und Erwerbswerte der Stadt zu verbessern und zu vermehren und damit auch die Leistungsfähigkeit der Bürgerschaft zu heben. Ein Einfluß auf den Anleihebedarf und auf die tatsächliche Begebung der Anleihen, wie er von mangelhaft unterrichteter Seite in den letzten Tagen behauptet worden ist, tritt in den nächsten Jahren nicht ein. Wohl aber darf und wird der Magistrat sich der Verpflichtung nicht entziehen, die Gesamtwirkung dieser großen Ausgaben sorgfältig zu berücksichtigen und sich danach bei der Etatsgebarung im nächsten Jahre zu richten. Wir machen diese Vorlagen in dem vollen Gefühl der schweren Verantwortung, die wir sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite zu tragen haben, und mit dem Bewußtsein, daß wir ein großes Problem für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt in der Hand haben. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Reimann** (N. L.) bestätigt dem Oberbürgermeister, daß die Versammlung der Inangriffnahme des Westhafens mit Ungeduld entgegengesehen habe. Sehr unangenehm berührt sei man aber im Kreise seiner Freunde über das rapide Emporschnellen der Kostensumme. Die ursprünglich in Aussicht genommene Summe von 30 Millionen Mark sei in der Vorlage mit 38 Millionen berechnet, aber diese Summe reiche nach nicht einmal aus, sondern werde sich auf etwa 43 Millionen Mark stellen. Hätte man dies vor zwei Jahren voraussehen können, so hätte man vielleicht erwogen, ob es nötig sei, die Anlage gleich so umfassend und so opulent herzurichten. Es dürfte vielleicht auch noch jetzt an der Zeit sein, eine solche Einschränkung in Beratung zu nehmen. Nach eingehender Kritik des in der Vorlage enthaltenen Zahlenmaterials und der Preise für den Terrainerwerb beantragt der Redner die Niedersetzung eines Ausschusses. Die überwiegende Mehrheit seiner Freunde habe die Ueberzeugung, daß die Stadt Berlin mit diesem Westhafen kein gutes, sondern ein schlechtes Geschäft machen werde; aber man sage sich, daß man eine solche Anlage von großzügigem Standpunkt aus betrachten und nicht in erster Reihe danach fragen müsse, was wird verdient, daß man vielmehr das tun müsse, was für Handel und Industrie segenbringend sei.

Stadtbaurat Krause: Der Magistrat hat nicht geglaubt, daß die Vorlage des Magistrats einen solchen Widerstand finden würde, wie er in den Ausführungen des Vorredners zum Ausdruck kam, im Gegenteil: er hat geglaubt, nach langjähriger Arbeit die Wünsche der Versammlung zu erfüllen. Wenn Stadtv. Reimann eine Rentabilitätsberechnung verlangte, so müsse er ihm antworten: haben die anderen Städte, die Hafenanlagen haben, Rentabilitätsberechnungen verlangt? Jede Stadt ist zufrieden, wenn sich die Anlage mit 2 Prozent verzinst. Berlin ist eine Industrie- und Handelsstadt und wir haben die Pflicht,

die Industrie konkurrenzfähig zu machen

dadurch, daß wir ihr die Massenartikel billig zuführen, und das kann nur auf dem Wasserwege geschehen. Wir hatten gehofft, daß wir bei der Arbeitsnot noch in diesem Winter mit den Arbeiten beginnen könnten; wenn aber die Versammlung einen Ausschuß wünscht, so könne der Magistrat nichts dagegen haben, in der Ueberzeugung, daß die Versammlung die Vorlage schließlich annehmen wird.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.) tritt im Anschluß an die Ausführungen des Oberbürgermeisters für schleunige Inangriffnahme des Westhafens ein und spricht dem Stadtbaurat den wärmsten Dank für seine mühevolle und erfolgreiche Arbeit, die er trotz aller Schwierigkeiten nun zu Ende geführt hat, aus. (Beifall.) Die Versammlung hat aus eigenem Antrieb den Bau eines Westhafens gefordert, und es sei dringend zu wünschen, daß nun dieser Bau so sehr wie möglich gefördert werde. Und wenn keine Verzinsung und keine Rentabilität zu erwarten wäre, so würde Berlin das größte Interesse an der Durchführung dieses Baues haben müssen. Dieses großartige und großzügige Projekt müsse so schnell wie möglich verwirklicht werden und der Ausschuß, dem auch seine Freunde zustimmen, dürfe nicht etwa eine Kulisse sein,